

## Antrag

der Fraktion der CDU

### Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 17/7300 –  
Landeshaushaltsgesetz 2019/2020 (LHG 2019/2020)

### **Investieren. Entlasten. Zukunft schaffen. Förderung von Maßnahmen im Bereich der Mobilfunkinfrastruktur – Gigabitausbau**

Der Landtag stellt fest:

Der flächendeckende Mobilfunkausbau mit schnellem Internet ist eine der wesentlichen Säulen auf dem Weg zur Gigabit-Gesellschaft. Die 5G-Versorgung ist eine grundlegende Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Mittelstandes, für neue digitale Geschäftsmodelle, das autonome Fahren und der Industrie 4.0. Auch Umweltziele in der Landwirtschaft bei Düngung und Schädlingsbekämpfung können nur bei flächendeckendem Mobilfunk und IT-Unterstützung erreicht werden. Mit der Digitalen Dividende II und der anstehenden 5G-Frequenzauktion werden und wurden seitens der Bundesregierung die Grundlagen für die Gigabit-Gesellschaft gelegt.

Gewährleistung einer zeitgemäßen und zuverlässigen Mobilfunkinfrastruktur:

Auch die Anbindung aller Haushalte und Verkehrsräume mit einer verlässlichen Versorgung der mobilen Dienste gehört zu den Grundbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger im heutigen digitalen Zeitalter und ist ebenso maßgeblich für einen dynamischen Progress der hiesigen Wirtschaft. Lange schon gehört es zur Normalität, dass man mit seinem Mobiltelefon unterwegs Nachrichten schreibt, telefoniert oder im Internet surft. Eine der Voraussetzungen für die angestrebte Etablierung einer rheinland-pfälzischen Gigabitgesellschaft muss deshalb zur Abdeckung der bestehenden Funklücken die Ergänzung weiterer Mobilfunkstandorte beinhalten. Die Verbesserung des Mobilfunknetzes in Rheinland-Pfalz kann, wie am bayrischen und am hessischen Modell exemplifiziert, in Kooperation mit der Telekommunikationsindustrie als Gemeinschaftsaufgabe realisiert werden. So können zusätzliche Mobilfunkstandorte in unterversorgten Gemeinden mit einer von dem Land bezuschussten Förderung von 80 Prozent gebaut werden, die anschließend an Mobilfunkbetreiber vermietet werden können. Die Umsetzung kann nur in einer engen Zusammenarbeit mit den Gemeinden erfolgen, die die örtlichen Situationen am besten kennen. Eine der Aufgaben des Landes ist es deshalb, gemeinsam mit den Gemeinden und Kreisen die bestehenden „weißen Flecke“ zu definieren und zu kartieren.

Rheinland-Pfalz braucht einen Schub, um im Ranking mit den anderen Bundesländern die hinteren Plätze bei der Digitalversorgung zu verlassen. Das Land darf sich nicht lediglich mit der Ausführung der von der Bundesregierung vergebenen Auflage zur Versorgung der „Digitalen Dividende II“ und der anschließenden 5G-Frequenzversteigerung (auch im Hinblick auf die Versorgung der Kreisstraßen) zufriedenstellen. Hierzu bedarf es einer zeitnah zur Verfügung gestellten hochleistungsfähigen

b. w.

Mobilfunkinfrastruktur mit neuen Mobilfunkmasten und der damit verbundenen Bereitstellung ausreichender Landesmittel für die kommenden Jahre. Für die CDU-Fraktion ist deshalb klar, dass nur eine 100-prozentige und lückenlose Mobilfunkabdeckung das Ziel sein darf, damit Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz chancengleiche Nutzungsbedingungen erfahren.

Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf,

- eine Förderung von 20 Mio. Euro für den Ausbau einer verlässlichen Mobilfunkinfrastruktur für die kommenden zwei Jahre im Doppelhaushalt 2019 und 2020 vorzusehen;
- die bestehende weißen Flecken in Rheinland-Pfalz in Zusammenarbeit mit den Kommunen zu definieren und kartieren und den Kommunen sowohl erforderlichen Sachverstand und Beratung durch die Breitbandbüros zukommen zu lassen;
- die Aufstellung neuer Mobilfunkmasten in Kooperation mit der Mobilfunkindustrie zu veranlassen, umzusetzen und mit entsprechenden Landesmitteln zu unterfüttern;
- eine 100-prozentige und lückenlose Mobilfunkabdeckung zur Zielsetzung zu machen, damit Rheinland-Pfalz chancengleiche Nutzungsbedingungen gegenüber anderen Bundesländern erfährt;
- die Aufstellung von zusätzlichen Mobilfunkstandorten in Gemeinden mit einer Bezuschussung von 80 Prozent mit Landesmitteln zu unterstützen.

Für die Fraktion:  
Martin Brandl